

INTERGLOBAL

FOTO: EPA-EFE/STRINGER



Außer Pinienkernen, wie hier auf unserem Bild, bald auch Öl von Afghanistan nach China? Ob von einem geplanten Projekt zur Ölförderung im Amu-Darja-Becken durch ein chinesisches Unternehmen auch die verarmte afghanische Bevölkerung profitieren wird, ist fraglich.

AFGHANISTAN

Der China-Coup der Taliban

Thomas Ruttig

Das erste bedeutende internationale Wirtschaftsabkommen haben die Taliban mit einem chinesischen Staatskonzern geschlossen, der Öl fördern will. Wichtiger als ökonomische Interessen scheinen für China Sicherheit vor islamistischen Anschlägen und politischer Einfluss zu sein.

Der Coup war den Taliban so wichtig, dass sie ihn sogar im Fernsehen übertrugen: In der ersten Januarwoche besiegelte ihr Minister für Bergbau und Petroleum, Shaha-buddin Delawar, mit Vertretern einer chinesischen Ölgesellschaft in Kabul das bisher größte internationale Wirtschaftsabkommen Afghanistans seit der Machtübernahme 2021. Der Vertrag erlaubt der „Xinjiang Central Asia Petroleum and Gas Company“ (Capeic), im afghanischen Teil des Amu-Darja-Beckens Ölfelder zu erschließen, den Rohstoff zu fördern und an Ort und Stelle zu verarbeiten.

Die Konzession gilt nach Angaben der Taliban für 25 Jahre und für ein Gebiet von 4500 Quadratkilometern in den Provinzen Sar-e Pol, Jowzjan und Faryab. Die Firma werde in den ersten drei Jahren umgerechnet 540 Millionen US-Dollar investieren und damit Arbeitsplätze für 3.000 Men-

schen schaffen, unter anderem in einer Raffinerie. Die Taliban seien mit 20 Prozent am Ertrag der Ölförderung beteiligt, mit der Option, ihren Anteil im Falle der Ausweitung des Projekts schrittweise auf 75 Prozent zu steigern.

Die Ölvorräte in diesem Gebiet werden auf 87 Millionen Barrel geschätzt (ein Barrel entspricht 159 Litern). Das Öl wäre beim derzeitigen Weltmarktpreis fast sieben Milliarden US-Dollar wert. Der Fluss Amu Darja bildet die Nordgrenze Afghanistans zu Usbekistan und teilweise zu Turkmenistan, beides Länder mit gewaltigen Öl- und Gasvorkommen. Auch Afghanistan beutet seit Mitte des vorigen Jahrhunderts, damals mit technischer Hilfe aus der Sowjetunion, kleinere Gasfelder in grenznahen Provinzen aus. 2010 wurden größere Ölfelder in dem Gebiet entdeckt. Die damals veröffentlichten Angaben lassen darauf schließen, dass die Capeic-Konzession nur etwa ein Zehntel der dort vermuteten Lagerstätten umfasst.

Bei Capeic handelt es sich um ein Subunternehmen der staatlichen „China National Petroleum Corporation“ (CNPC). Für dasselbe Gebiet hatte die CNPC bereits 2012 einen

Vertrag mit der damaligen Regierung geschlossen. Als Partner war eine afghanische Firma beteiligt, die zwei Cousins des damaligen Präsidenten Hamid Karzai gehörte. Wegen Sicherheitsproblemen musste das Konsortium bereits im Folgejahr die Förderung wieder einstellen. Bedroht wurden die CNPC-Beschäftigten nicht von den Taliban, sondern von Milizen des Warlords Abdul Rashid Dostum, der einen Anteil am Gewinn forderte.

Auch dass der Vertrag in Anwesenheit hochrangiger Vertreter beider Staaten geschlossen wurde, unterstreicht die politische Bedeutung des Geschäfts: Für China wohnte Botschafter Wang Yu der Zeremonie bei, für die Taliban der für Wirtschaftsfragen zuständige Mullah Abdul Ghani Baradar, seines Zeichens einer von drei stellvertretenden Ministerpräsidenten und im engsten Taliban-Führungszirkel um den Obersten Führer des sogenannten Islamischen Emirats Afghanistan, Hibatullah Akhundzada. Wang nannte es ein „Modell für die chinesisch-afghanische Zusammenarbeit bei Großprojekten im Bereich der Energie und in anderen Sektoren“ und „eine gute Illustration der Verbindung und Interaktion zwischen den beiden Ländern“. China, das wie

alle anderen Staaten der Erde das Taliban-Regime offiziell nicht anerkennt, unterhält eine sehr aktive Botschaft in Afghanistan und ist bestrebt, nach dem Rückzug der westlichen Staaten seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluss zu erhöhen.

Die Taliban haben die chinesische Unterdrückung der Uiguren nie verurteilt, sondern nur sehr zurückhaltend ihre „Sorge“ geäußert.

Möglicherweise geht es der chinesischen Führung bei ihrer Wirtschafts-kooperation mit den Taliban mehr um Sicherheits- als um ökonomische Interessen. Westliche Beobachter vermuten zwar, China wolle einen Fuß in der Tür haben, falls sich neben den Ölvorkommen bedeutendere Gasfelder in der Region fänden. Aber vor allem gehe es um gute Beziehungen zur afghanischen Regierung, egal wer diese bildet, denn kleine jihadistische uigurische Gruppen, die sich Ende der 1990er-Jahre nach Afghanistan

